

# Sankt PaulinX



... mit dem LINKEN Auge siehst Du schärfer! Nr. 6 September 2010

## Realpolitik am Rindermarkt

Seite 6-7

Gericht stoppt  
Demokratiedefizit  
im Karoviertel  
Seite 10-11

Ja zum  
Schanzenfest  
- Nein zu  
Law and order  
Seite 12



## „Erhaltung des Milieus auf St. Pauli“ ...

haben sich seit einiger Zeit die Parteien der Bezirkskoalition aus SPD und GAL auf die Fahne geschrieben. Wie ernst sie es mit diesem Ziel meinen, wird deutlich, wenn wir uns die Vertreibung der angestammten Bewohnerschaft auf St. Pauli ansehen, die ungehindert auch unter der Ägide von SPD und GAL fortgeführt worden ist. Über Jahre wurde der Erlass einer so-

zialen Erhaltungsverordnung nicht verfolgt. Ohnehin kann sie die laufende Vertreibung allenfalls verlangsamen und ist umso mehr nur ein zahnloser Tiger, solange der Senat und die Bezirksregierung



Bauprojekte auf den Weg bringen bzw. durchwinken, die die Aufschickung des Viertels vorantreiben und somit Mieten in die Höhen treiben und die Vertreibung derer fördern, die sich ein Leben auf St. Pauli nicht mehr leisten können: Das Brauerei-Quartier, die Tanzenden Türme oder die Planungen für das Bernhard-Nocht-Quartier und für den alten Rindermarkt (Ex-real) sind große Bausteine der andauernden Gentrification unseres Viertels.

Aber auch unzählige kleinere Bauvorhaben, die nicht so große Beachtung finden, werden im Bauausschuss des Bezirksparlaments zumeist von einer ganz großen Koalition aus SPD, GAL und CDU positiv bewertet, während

nur DIE LINKE dagegen stimmt, so etwa gegen ein Bauvorhaben, das das Gesicht der Talstraße verändern wird: Für die Ecke Talstraße/ Schmuckstraße (s. Foto) sind Neubauten genehmigt worden, in denen zu 2/3 teure Wohnungen (10 €/qm Nettokaltmiete) entstehen. Zudem wird es auf der Ecke eine sehr hohe Verdichtung geben, so dass die Lebensqualität in diesem

Bereich weiter sinken wird. Gleichwohl werden auch in dem denkmalgeschützten Eckhaus die Mieten spürbar steigen, weil Balkone und Wintergärten gewiss auf die Mieten umgelegt werden. Fortsetzung

der Vertreibung vorprogrammiert ...

Somit verwundern unsere Nein-Stimmen wohl niemand und SPD, GAL und CDU bleibt nur die Möglichkeit, DIE LINKE zu verleumden: Wir seien gegen Mietwohnungsbau. Stattdessen meinen wir es ernst mit dem Vorhaben, das Milieu auf St. Pauli zu erhalten. Der Kampf hierfür ist aufgenommen!

In diesem Sinne wünscht Euch im Namen der Stadtteilgruppe eine spannende Lektüre und einen spannenden heißen Herbst auf St. Pauli

*Markus Schneider-Johnen,  
Sprecher DIE LINKE. St. Pauli*

## Videüberwachung an der Reeperbahn wirkungslos - LINKE fordert sofortige Abschaffung

Die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE fordert seit langem ein Ende der Videoüberwachung an der Reeperbahn. Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte Johannes Caspar hatte bei der Vorstellung seines Tätigkeitsberichts ebenfalls diese Forderung erhoben. Jetzt untermauert auch eine Wirksamkeitsanalyse der Innenbehörde diese Auffassung: Eine abschreckende Wirkung durch die Installation der Kameras gibt es nicht. Ganz im Gegenteil: Die Deliktzahlen sind seit der Videoüberwachung insgesamt um 32% gestiegen, Körperverletzungen sogar um 75%. Nur Drogendelikte sind dem Bericht zufolge um 38% zurückgegangen. Allerdings sind sie auch in einem Vergleichsgebiet ohne Videoüberwachung um 33% gesunken. Dazu erklärt die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Christiane Schneider: "Die Videoüberwachung an der Reeperbahn muss sofort be-

endet werden. Sie ist nicht nur ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte, sondern hat keinerlei präventive Wirkung wie die



gestiegene Zahl der Delikte und insbesondere der Gewaltdelikte in dem überwachten Gebiet belegt. Außerdem kostet die Überwachung viel Geld. Hier hat der Senat die Gelegenheit, endlich mal am richtigen Ende zu sparen. Dass auch die Videoüberwachung durch private und andere nicht hohheitliche Betreiber immer mehr zunimmt, verwundert angesichts der ausufernden und sorglosen staatlichen Überwachung nicht. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung kommt in Hamburg immer stärker unter die Räder."

### Offene Treffen DIE LINKE. Stadtteilgruppe St. Pauli

Jeweils am 1. Dienstag im Monat  
um 19.30 Uhr

im Haus der Grauen Panther Hamburg e.V., Lerchenstr. 37

Nächste Termine: Dienstag, 7. September

Dienstag, 5. Oktober

Dienstag, 2. November

Die Treffen sind offen für Interessierte, egal ob mit oder ohne Parteibuch.

### Impressum

Herausgeberin: **DIE LINKE** Stadtteilgruppe St. Pauli

V.i.S.d.P.: Markus Schneider-Johnen c/o DIE LINKE. Landesverband Hamburg,  
Kreuzweg 7, 20099 Hamburg

Mail: [viva@die-linke-st-pauli.de](mailto:viva@die-linke-st-pauli.de)

Internet: [www.sankt-paulinx.de](http://www.sankt-paulinx.de)

Redaktionsschluss für Nr. 7: 17. November 2010

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Fotonaachweis: S. 1: Alexander Gerhard / S. 8-9: Anna Scheer / S. 2,4,5,7,11,12: Markus Schneider-Johnen

## Voruntersuchung für soziale Erhaltungsverordnung belegt Verdrängung auf St. Pauli

Die Voruntersuchung für eine soziale Erhaltungsverordnung (s. hierzu auch Sankt PauliX Nr. 5 → [www.sankt-paulinx.de](http://www.sankt-paulinx.de)) für St. Pauli ist abgeschlossen. Der Endbericht der Firma „Analyse & Konzepte“ enthält viele aufschlussreiche Aussagen, die zum Ausdruck bringen, was wir - im Gegensatz zu vielen PolitikerInnen der anderen Parteien im Bezirk Hamburg-Mitte - schon lange meinen: Die Gentrification St. Paulis, das heißt die Aufschickung des Viertels verbunden mit der Verdrängung der angestammten Bewohnerschaft, ist bereits weit vorgeschritten. Hierzu diesmal einige Zitate aus dem Endbericht, die auch ohne unsere Interpretation für sich sprechen:

Der Stadtteil St. Pauli unterliegt einem Wandlungsprozess, der in den vergangenen Jahren, u.a. durch einen Generationswechsel in der Bewohnerschaft, deutlich an Dynamik gewonnen hat. Vor allem aufgrund der sehr zentralen Lage, des Altbaubestandes sowie des attraktiven Gastronomie- und Kulturangebots hat sich der Stadtteil zu einem begehrten Wohnstandort auch für einkommensstärkere Haushalte entwickelt. Obwohl St. Pauli im Hinblick auf die Bevölkerung nach wie vor eine sehr heterogene Struktur aufweist, sind Tendenzen einer Gentrifikation (Aufwertung mit Verdrängungstendenzen) sichtbar, die sich u.a. in stark gestiegenen Mieten bei Neuvermietungen [...] ausdrücken.“ (S. 1)



Annenstr. 31: nur DIE LINKE gegen Abriss und Neubau von Eigentumswohnungen



„Bei der Begehung hat ein Fünftel der Gebäude einen mäßigen Erhaltungszustand aufgewiesen. Defizite bestehen vor allem in St. Pauli-Süd [...]. Dadurch ergibt sich hier ein deutliches qualitatives Aufwertungspotenzial durch Modernisierungen. In den Sanierungsgebieten ist die Modernisierungstätigkeit dagegen weit vorgeschritten.“ (S. 27)

„Ein Nachverdichtungspotenzial [besteht] insbesondere bei Dachausbauten sowie in Abriss und Neubau auf untergenutzten Flächen. [...] Der hierdurch entstehende Wohnraum wird, sofern keine Förderung in Anspruch genommen wird, vor allem im oberen Preissegment angeboten werden. Ein Großteil des Neubaus erfolgt außerdem im Eigentumssegment.“ (S. 27)

„Die Angebotsmiet- und Kaufpreise im Untersuchungsgebiet liegen deutlich über dem Hamburger Durchschnitt und auch deutlich über den Werten des Hamburger Mietenspiegels für Wohnen in normalen Wohnlagen. [...] Insgesamt kann trotz des bereits hohen Mietniveaus von weiteren Mietsteigerungen ausgegangen werden.“ (S. 27f.)

„Mieten und Kaufpreise [liegen] deutlich über dem Hamburger Durchschnitt. Dies hat sich vor allem in den letzten fünf Jahren entwickelt. Seit 2005 sind die Mieten in St. Pauli mit 16% viermal so stark gestiegen wie in Hamburg insgesamt und die Kaufpreise stiegen im Stadtteil um 15%, während sie im Hamburger Durchschnitt nur um 1% stiegen.“ (S. 30)

„Insgesamt zeigt sich[...], dass ältere Haushalte hier nur eine kleine Gruppe bilden, der Anteil einkommensschwacher Haushalte und ausländischer Haushalte ist im Untersuchungsgebiet allerdings für Hamburg sehr hoch. Diese sind auf preiswerten Wohnraum angewiesen und haben wenig Handlungsspielraum bei der Wohnungswahl. Mieterhöhungen würden bei großen Teilen dieser Haushalte wahrscheinlich zu einem (unfreiwilligen) Umzug führen. Vor dem Hintergrund der Angebotssituation wäre damit auch ein Umzug in andere Stadtteile verbunden.“ (S. 29)

### Fazit:

„Sowohl aus den untersuchten Daten als auch insbesondere aus den Expertenaussagen lässt sich eine Tendenz zu einer Gentrifizierung im Untersuchungsgebiet ableiten.“ (S. 29)



... natürlich auf Kosten der MieterInnen

„Der Verdrängungsdruck, bezogen auf das angestammte Milieu, ist im Stadtteil insgesamt sehr hoch: Dies ist zum einen durch den überdurchschnittlichen Anstieg der Mieten begründet, der insbesondere den einkommensschwachen Haushalten erschwert, bei veränderten Lebensumständen eine neue Wohnung im Stadtteil zu finden. Andererseits wird durch die geringe durchschnittliche Wohndauer ein schnellerer Austausch der Bewohnerschaft ermöglicht. Auch ohne dass einzelne Bewohner direkt verdrängt werden, ist so eine Verdrängung des Milieus zu erwarten, wenn diese Entwicklung anhält.“ (S. 30)

## Realpolitik am Rindermarkt

SPD und GAL im Bezirk Mitte führen zur Zeit eine Machbarkeitsstudie durch: Sie probieren aus, was sie eigentlich noch alles mit den Menschen im Viertel machen können! Sie studieren, inwieweit sie Vorhaben trotz deutlich absehbaren Widerstands im Viertel durchdrücken können!

Konkret geht es um die Neubepanung der „Alten Rindermarkthalle“ und des Geländes am Neuen Kamp, welches durch Rückzug von Real zur Zeit leer steht. Kernstück der Planungen ist eine Musikhalle für ca. 4000 BesucherInnen mit sich anschließender Gastronomie-Meile. Der kontinuierliche Protest der AnwohnerInnen richtet sich vor allem gegen zwei Ungeheuerlichkeiten: die Musikhalle an sich sowie die Art und Weise, wie AnwohnerInnen zu Statisten degradiert werden (siehe auch Sankt PaulinX Nr. 5 → [www.sankt-paulinx.de](http://www.sankt-paulinx.de)).

Entgegen der Meinung von SPD und GAL passt die Musikhalle gerade nicht nach St. Pauli, weil genau hier schon seit Jahren immer mehr Halligalli abgeht und weil eine Musikhalle die Ströme von Menschen, Autos, Lärm, Müll und Urin noch vergrößern und die Verdrängung „Unerwünschter“ fördern wird. Wir haben nichts gegen Menschen, die unser Viertel genau so schön finden wie wir und deshalb gerne hier sind, aber wir haben etwas dagegen, dass unser Wohnumfeld respektlos benutzt und von der Stadt finanziell gemolken wird. Mit der Umwandlung des Geländes am Neuen Kamp in eine weitere Eventmeile würde die Verbindung zwischen Reeperbahn und Schulterblatt geschlossen werden, so dass sich unser Lebensraum noch weiter in Richtung Disneyland entwickeln würde. Diejenigen AnwohnerInnen, die es sich nett vorstellen, mal eben über die Straße zum Konzert zu gehen, können davon ausgehen, dass die Eintrittspreise für die angekündigten Bob Dylan- oder

Peter Maffay-Konzerte so hoch sein werden, dass die wenigsten von uns mal eben dorthin gehen können.

„Mal eben...“ hat sich in Bezug auf das Einkaufen übrigens auch erledigt: In Gesprächen gerade mit älteren Menschen im Viertel zeigt sich, dass viele die umfassende Nahversorgungsmöglichkeit schmerzlich vermissen. Wenn man dies oder auch die oben genannte Kritik vorbringt in den Planungsworkshops, der Bürgersprechstunde, bei Andy Grote usw. heißt es standardmäßig, dass man das alles hinkriege, dass man Abhilfe schaffen werde, dass es gar nicht so schlimm werde, blablabla... Was davon zu halten ist bzw. dass die Bezirksregierung ihre Pläne möglichst störungsfrei durchdrücken will, sieht man aber zum Beispiel an deren Umgang mit den Einwänden der Sanierungsbeiräte Karviertel und Wohlwillstraße, die im Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung mit den Stimmen von SPD, GAL und CDU sozusagen vom Tisch gefegt wurden. Es verwundert nicht, dass der neueste Vorstoß der GAL, die Neubepanung des Geländes unter AnwohnerInnenbeteiligung mittels eines „Bürgergutachtens“ ohne die Vorgabe einer Musikhalle anzugehen, bei vielen auf Skepsis stößt; oder anders ausgedrückt: Das Vertrauen, das viele Menschen mal in die GAL gesetzt haben, hat sie weitgehend selbst zerstört.

Der Protest im Viertel hat viele Gesichter, verschiedene praktische und theoretische Ansätze und Möglichkeiten. Es gibt mehrere Initiativen (siehe z.B. Foto und Kasten rechts) und zahlreiche Ideen, was denn statt dessen auf dem Gelände geschehen soll. Jedoch schwingt sich keine der Initiativen auf, einen eigenen fertigen Plan durchsetzen zu wollen, denn dann würden wir uns wenig von der Bezirksregierung



### Plakatierung im Viertel: Droht die Besetzung der Rindermarkthalle?

unterscheiden - das zu dem Vorwurf, man habe ja selbst keinen Plan. Ein solcher muss in möglichst breitem Konsens entwickelt und die laufenden Planungen gestoppt werden. Allen Engagierten gemeinsam ist, dass sie der herrschenden Politik nicht mehr vertrauen. Vielen gemeinsam ist, dass sie eine Politik innerhalb der engen Grenzen kapitalistischer Verwertungslogik nicht mehr akzeptieren. Unsere Forderung nach unserem „Recht auf Stadt“ ist

grundsätzlicher Natur und wir lassen uns nicht zu BittstellerInnen degradieren, die im Rahmen angeblicher Bürgerbeteiligung mit kleinen Zugeständnissen (z.B. neuen Parkdecks) eingelullt werden. Wohin es nämlich führt, wenn man sich auf diese Weise im System einzurichten versucht, zeigt die tragische Entwicklung der GAL bzw. Grünen: man macht sich selbst überflüssig...

*eine Anwohnerin*

Es gibt eine offene, bunt gemischte Gruppe von AnwohnerInnen und Interessierten, „die leute: real“. Diese Initiative trifft sich in der Regel jeden Donnerstag um 19 Uhr im Centro sociale, Sternstr. 2.

Kernforderungen sind:

- Stopp des laufenden Planungsprozesses
- Keine kommerzielle “Music Hall” und weitere Eventisierung
- AnwohnerInnen sollen selbst ein Konzept zum Nutzen des Stadtteils entwickeln können
- Durchgehende Sicherstellung der Einkaufsmöglichkeit

Aktuelle Termine unter [www.rechtaufstadt.net/netzwerk/die-leutereal](http://www.rechtaufstadt.net/netzwerk/die-leutereal)

## Keine Trinkräume in Hamburg-Mitte

### DIE LINKE lehnt das Konzept der SPD/GAL-Koalition ab

Auf der Sitzung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte am 27.05.2010 brachte die SPD/GAL-Koalition einen Antrag ein, der eine lebhafte Debatte auslöste: Die Koalition beantragte die Schaffung von „Trinkräumen“ für Alkoholabhängige, damit diese statt in der Öffentlichkeit in speziell für sie geschaffenen Räumen trinken. Zum Ausprobieren sollen erstmal Billstedt und Wilhelmsburg eine „Trinkhalle“ bekommen. Die Idee kommt aus Kiel und Herr Schreiber (SPD) hat sich dort ein Bild gemacht. Hell begeistert von diesem Projekt, ließ er schon vor der Sitzung der Bezirksversammlung in den Zeitungen die Trinkräume als Innovation feiern. Dieses Vorgehen von Herrn Schreiber ist nicht neu, wollte er doch schon mal ganz Hamburg zum Sperrgebiet erklären und Prostitution in ein Gewerbegebiet verfrachten. Damals kam ihm diese tolle Idee in Bremen.

In Mitte funktioniert die Demokratie ja so: Herr Schreiber hat eine Idee, er ordert oder bittet „seine“ Fraktionen SPD und GAL, doch einen entsprechenden Antrag zu verfassen, damit mit ihrer Mehrheit seinem Wunsch gemäß der Antrag durchkommt. Da bleibt nicht viel Zeit für Recherche und Analyse.

So auch bei dem Antrag für die Trinkräume: In diesem Antrag verweist die Koalition im Antragspetitum auf den Bezirklichen Ordnungsdienst und andere gesetzliche Möglichkeiten, wie zum Beispiel Platzverweise, wenn die betrunkenen Männer

und Frauen nicht ganz freiwillig in die Trinkhalle umziehen wollen. Vage, jedoch nicht im Petitum, werden „Hilfsangebote“ erwähnt, die aber nicht näher spezifiziert werden. Die spannenden Fragen, wer sich eigentlich um diese Hallen kümmert, wie lang diese geöffnet sein sollen, wer die medizinische Versorgung sicherstellt, wer die Räume reinigen soll und was das ganze letztlich kostet, blieben unbeantwortet.

Christine Detamble-Voss, sozialpolitische Sprecherin der LINKEN Bezirksfraktion: „In der Debatte wurde dann wie wild hervorgehoben, welch tolles Hilfsangebot so eine „Trinkhalle“ sei. Das konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier ein soziales Problem ordnungspolitisch gelöst werden soll.“

DIE LINKE spricht sich hingegen dafür aus, bereits bestehende Einrichtungen wie das „Café mit Herz“ finanziell zu fördern und dringend benötigte Sozialarbeiterstellen zu schaffen.

*Pressemitteilung DIE LINKE. Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-*





## Fehlende Notschlafstellen

Dass in einer der „reichsten Städte Deutschlands“ aufgrund der wachsenden Obdachlosigkeit mehr Notschlafstellen und vor allem Einzelzimmer her müssen, ist seit Jahren bekannt. Trotzdem hält der Mangel an Übernachtungsmöglichkeiten an:

Für die Übernachtungsstelle „Pik As“ in der Neustädter Straße mit einer Sollstärke von 190 Plätzen räumt der

Senat zumindest punktuelle Überlastungen im Winter und im Mai 2010 ein. Auch die Einrichtung „Frauenzimmer“ in der Hinrichsenstraße mit nur 20 Plätzen ist seit Mitte März deutlich überbelegt. Im Klartext: Trotz warmen Wetters reichen die Notschlafplätze schon länger nicht aus. Und wahrscheinlich ist

der Mangel an Übernachtungsplätzen noch größer, als die offiziellen Zahlen an Überbelegung hergeben.

In Frage gestellt werden kann zudem die Zahl von „nur“ 1.029 Menschen, die laut einer Studie der Sozialbehörde aus dem Jahr 2009 auf der Straße leben. Unstrittig erscheint mir jedoch eine zentrale Schlussfolgerung der Studie, dass „aus der Obdachlosigkeit herausführende Hilfen in Form von Wohnangeboten entweder in einem zu geringen Maße vorhanden sind oder von den anvisierten Nutzer(innen) in einem zu geringen Maße angenommen werden. (...) Gerade die akut auf

der Straße lebenden Menschen würden die Angebote der Notübernachtungsstätten und Wohnunterkünfte eher nutzen, wenn es mehr Einzelzimmer geben würde.“

Im „Pik As“ gibt es neben 26 Einzel- auch 10 Doppel- und immer noch 28 Vierbettzimmer nebst 4 Notaufnahmehimmern mit jeweils 8 Betten. In der Hinrichsenstraße dagegen sind für Frauen überhaupt keine Einzelzimmer vorgesehen.



Obwohl das Problem mangelnder Notschlafstellen schon mindestens seit einer Studie 2002 bekannt ist, bewegt sich in der Stadt wenig. Wenn nun bereits im Sommer Überlastungen bei den quasi-städtischen Ein-

richtungen von „fördern & wohnen“ zu verzeichnen sind, wie soll das bei mangelnder Ausweitung der Kapazitäten erst im Winter aussehen?

Es ist dringend erforderlich, die Zahl der Notschlafstellen – vor allem für Frauen - kurzfristig zu erweitern. Die Stadt muss endlich die Konsequenzen aus den Ergebnissen eigener Studien ziehen: Wir brauchen mehr Notschlafstellen, im Sinne der Menschenwürde vor allem in Form von Einzelzimmern.

*Joachim Bischoff, MdHB,  
wohnungspolitischer Sprecher der  
Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE*

LINKE Position bestätigt:

## **Gericht stoppt antidemokratisches Vorgehen von SPD und GAL im Karoiviertel**

Im Jahr 2011 steht voraussichtlich die Aufhebung des Sanierungsgebietes Karolinenviertel bevor. Begleitet wird das gesamte Sanierungsverfahren von einem Beirat, der leider nur eine beratende Funktion hat und dessen Beschlüsse auf Bezirksebene vom „Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung“ einkassiert werden, wenn sie nicht in die Vorhaben der Regierungskoalition, bestehend aus SPD und GAL, passen. Dem Beirat gehören sowohl VertreterInnen von Parteien als auch Sanierungsbetroffene vor Ort an: AnwohnerInnen, GrundeigentümerInnen und Gewerbetreibende sowie VertreterInnen von Organisationen, die im Stadtteil aktiv sind. Die VertreterInnen bestimmter Gruppen in diesem Gremium werden durch eine Auslosung ermittelt.

Nun wollten aber SPD und GAL partout nicht das Ergebnis einer Auslosung akzeptieren, nach der der Verein SterniPark e.V. einen Sitz als stimmberechtigtes Mitglied im Sanierungsbeirat erhalten hatte. SterniPark hatte sich als Eigentümer eines Baugrundstücks, auf dem er gegen den Willen der Koalition gerne eine Kita bauen will, für einen Sitz als Grundeigentümer im Beteiligungsgremium des Karoiviertels beworben. Erst nach der erfolgten Auslosung im November 2008 brachten SPD und GAL im Dezember 08 in den Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung einen Antrag ein, nach der in begründeten Ausnahmefällen ausgeloste VertreterInnen durch die Bezirksversammlung abgelehnt werden können. Die LINKE Bezirksfraktion bezeichnet dieses Vor-

gehen als „Lex SterniPark“, denn zuvor wurden alle ausgelosten VertreterInnen für sämtliche Sanierungsbeiräte, die es jemals in Hamburg gegeben hat, stets formal bestätigt.

Gegen die Anwendung dieser neuen Regelung hatten wir monatelang auf parlamentarischem Weg versucht anzugehen, denn wir haben die Verweigerung des Sitzes für SterniPark im Sanierungsbeirat Karoiviertel von Beginn an als rechtswidrig betrachtet und deshalb begrüßt, dass SterniPark schließlich gerichtlich dagegen vorgegangen ist. Unabhängig davon, ob SterniPark nun ein wohlgeleitener Kita-Träger ist oder nicht, war unsere Prämisse stets: Wenn schon ein solches Verfahren implementiert wird, muss gleiches Recht für alle gelten und darf nicht beliebig ein Träger oder Grundeigentümer nach der Verlosung ausgeschlossen werden.

Mit dem Widerspruch beim Verwaltungsgericht Hamburg hat SterniPark nun eine einstweilige Verfügung erlangt: Das Verwaltungsgericht hat in einem Eilverfahren entschieden, dass der im November 2008 ausgeloste Platz an eine von SterniPark zu benennende Person vorläufig zuzuweisen ist. Die Ablehnung von Frau Moysich als Mitglied des Sanierungsbeirats sei nicht ausreichend begründet und verstoße gegen das Rückwirkungsverbot, weil die Regelung zum Zeitpunkt der Auslosung noch gar nicht bestand. Außerdem verstoße die Ablehnung des Sitzes für SterniPark gegen den Grundgesetzartikel 3, nach dem alle Menschen vor Gesetz gleich sind.

Diese Gerichtsentscheidung ist eine Ohrfeige für SPD und GAL im Bezirk Hamburg-Mitte, die anscheinend selbst vor grundgesetzwidrigen Maßnahmen nicht halt machen, um Beteiligungsgruppen zu unkritischen Abnickvereinen zu degradieren.

Insbesondere der Ausschussvorsitzende Ingolf Goritz (GAL), der selber im Karviertel wohnt, hat die Ausbootung von

Sanierungszielen ist. Von daher hatte die bezirkliche Ablehnung des Sitzes für SterniPark erwartungsgemäß gerichtlich keinen Bestand. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ging es GAL und SPD einerseits darum, eine kritische Stimme aus dem Sanierungsbeirat auszuschließen, und andererseits Herrn Karsten Wagner in den Status eines stimmberechtigten Mitglieds zu heben, der genau wie der Ausschussvorsitzende bei der Lawaetz-Stiftung arbeitet.



**Laeiszstr.18: Hier könnte längst eine Kita stehen**

SterniPark vorangetrieben und somit weitere schwarze Stunden für die BürgerInnenbeteiligung im Bezirk zu verantworten. Für die Ablehnung von Frau Moysich wurden Argumente an den Haaren herbeigezogen: SterniPark habe sein Grundstück verwahrlosen lassen und gegen Sanierungsziele agiert. Fakt ist aber, dass SterniPark schon seit vielen Jahren an der Anti-Haltung des Bezirks mit seinem Plan scheitert, auf diesem Grundstück eine Kindertagesstätte zu bauen, die das Viertel dringend benötigt. Zudem ist nirgendwo vorgesehen, dass die Vorbedingung für eine Mitarbeit im Sanierungsbeirat die positive Erfüllung von

Leider ist mit dem Gerichtsbeschluss aber das antidemokratische Vorgehen von SPD und GAL in dieser Angelegenheit noch nicht beendet, denn der Bezirk hat beim Obergericht Beschwerde gegen den Gerichtsbeschluss eingelegt und verweigert Frau Moysich auch die vorläufige Mitgliedschaft im Beirat, die ihr vom Verwaltungsgericht per einstweiliger Anordnung

zugesprochen worden ist. Zudem weigert sich das Bezirksamt bislang beharrlich, Stellung zu nehmen zur Frage nach der Rechtmäßigkeit der Beschlüsse im Beirat, der sich seit Ende 2008 fortwährend nicht rechtmäßig zusammensetzt. SPD und GAL spielen auf Zeit, denn das Sanierungsgebiet wird ja voraussichtlich noch 2011 förmlich aufgehoben und gerichtliche Mühlen mahlen bekanntlich langsam...

*Markus Schneider-Johnen,  
für DIE LINKE im Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung*

## Ja zum Schanzenfest – Nein zur Law-and-order-Marschroute

Schanzenfest wird verboten oder doch toleriert, verboten, toleriert, ... Die letzten Wochen vor dem Fest glichen einem Orakel, das durch Abzählen an den Blütenblättern eines Gänseblümchens zur richtigen Entscheidung gelangen will. Die Verbotsandrohungen kannten wir schon aus den vorigen Jahren. Neu war jedoch die Rollenverteilung: Während Ahlhaus seit Beginn seines Werbefeldzugs für die Bürgermeisterwahl Kreide gefressen zu haben scheint und er eine Tolerierung des „friedlichen Teils des Schanzenfestes“ in Aussicht gestellt hat, preschte in diesem Jahr Altonas

Bezirkschef Warmke-Rose vor und wollte das Fest im Keim ersticken; Familien mit ihren Kindern drohten schon am Morgen durch Polizeigewalt ihre Flohmarktstände entrissen zu werden. Der Bezirkschef von Hamburg-Mitte, Markus Schreiber, wollte

da wohl nicht hinten anstehen und sicherte zur Durchsetzung von Recht und Ordnung die Unterstützung „seines“ Bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD) zu, andere Bezirkschefs taten es ihm gleich. Doch sie machten die Rechnung ohne die Personalräte der BODs, die zu Recht eine Beteiligung an der Umsetzung dieses rechtslastigen und ordnungsfanatichen Verbotswahns ablehnten. Von daher werden wir vermutlich die Darbietung des Gewaltpotenzials und der Hochtüchtigkeit der „Freien“ und Hansestadt Hamburg erst nach dem Abbau der Bühne erleben. Das wird Neu-Bürgermeister Ahlhaus sich trotz aller Kreide wohl doch nicht nehmen lassen. So eine Mitgliedschaft



in einer schlagenden Verbindung prägt halt ziemlich nachhaltig und lässt uns erahnen, dass unter seiner Führung die Senatspolitik noch weiter nach rechts schwenken wird. Und das alles dank der grünen Königsmacher, die schon hingenommen hatten, dass Ahlhaus die Law-and-Order-Marschroute von Schill und Nagel als Innensenator weitergeführt hatte. Spürbare Verbesserungen hat die GAL in keinem Politikfeld bewirkt!

Angesichts der desolaten Lage in sämtlichen Politikfeldern der Stadt, von innenpolitischen Repressionen über den Haushalt und die Wohnungsnot bis hin zum Kraftwerksbau in Moorburg und der totalen Verarsche mit der „grünen Hauptstadt Europas“, gilt es umso mehr, den Protest zu verschärfen und die politischen Auseinandersetzungen mehr in den Mittelpunkt des Schanzenfestes zu rücken. Wir sind das Volk und reklamieren unser Recht auf die Stadt! Dieses Bewusstsein wird beim Schanzenfest die Begegnungen, die kulturellen Beiträge und den deutlich sichtbaren Protest prägen. Ein Fest ohne diese Elemente wäre oberflächlich und in der Schanze – trotz jahrelanger Aufschickungen – nach wie vor undenkbar.

Für ein selbstorganisiertes und unangemeldetes Schanzenfest ohne Polizeigewalt! Wir feiern mit.

**DIE LINKE. St. Pauli**